

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich bei postmässiger Anstellung 2,50 Mk., durch die Post 3,25 Mk., ansehl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden promptesten nachgeliefert.

Am amtlichen Zeitungs-Bezugspreis unter "Sonder-Zahlung" eingetrag.

Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Quittungsbekundung "Sonder-Bez." gestattet.

Redaktion der Redaktion Nr. 1140: der Anzeigen-Abteilung Nr. 178; der Korrespondenz-Abteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.



Lebensminderlicher Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6 gebaltene Anzeigenliste oder deren Raum mit 50 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf. berechnet und in unferen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Restamen die Seite 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Ercheint täglich einmal. Sonntags und Festtage einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstrasse 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 297.

Halle, Sonnabend, den 28. Juni 1913.

1913.

Mb. Deutscher Reichstag.

171. Sitzung, Freitag, den 27. Juni.

Am 17. des Bundesrats: Käun.

Präsident Dr. Raemy eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Kurze Anfragen.

Herr Dr. Gerschl (Zentr.) weist in seiner Anfrage darauf hin, dass in Coesfeld in Westfalen einige Väter der Gesellschaft Jesu Exerzitien abgehalten haben. Der Regierungspräsident von Münster hat nun die Coesfelder Geistlichkeit aufgefordert, mit künftiger Bestätigung die verbotswidrige Beibehaltung der Exerzitien in Coesfeld zu verhindern, da es sich um religiöse Vorträge handle, die unter dem Begriff der verbotenen Ordensstudien fallen. Dr. Gerschl weist in seiner Anfrage darauf hin, dass dieses Vorgehen des Regierungspräsidenten im Widerspruch mit der Erklärung des Reichstags sei, wonach keine Einschränkung der bisherigen Praxis herbeigeführt werden soll.

Ministerialdirektor Gelpke verliest eine Erklärung. Es sei schwer, eine völlig einseitige Handhabung des Verfahrens in allen Teilen des Reiches herbeizuführen. (Lachen im Zentr.) Dem Regierungspräsidenten in Münster kann der Vorwurf eines unbedingten Willens, die Exerzitien in Coesfeld zu verhindern, nicht gemacht werden, selbst wenn der vorliegende Fall von einer früheren Praxis abzuweichen würde. (Lachen im Zentr.) Inwiefern das letztere der Fall ist, unterliegt noch der Aufklärung. Der Reichstagspräsident hat in grundsätzlicher Übereinstimmung mit den verbündeten Regierungen der Ansicht, dass Verfügungen der Bundesräte in Bezug auf Exerzitien in Coesfeld nicht zulässig sind. Die Frage wird nochmals eingehend geprüft werden, damit eine gleichmässige mit der früheren Praxis übereinstimmende Handhabung für Preußen gesichert wird.

Herr Dr. Brey (Soz.) weist in seiner Anfrage auf die Erkrankungen im 78. Infanterieregiment zu Osnabrück hin. Generalkommandant Schulz: Im ersten Bataillon des 78. Regiments sind 208, im zweiten Bataillon 40 Mann erkrankt. Die Erkrankungen waren meist vorübergehender Natur mit Ausnahme von zwei Fällen. Die Ursache der Erkrankung hat sich bisher nicht feststellen lassen. Man vermutet, dass sie durch den Genuss von Milch herbeigeführt sind. Auch in der Wäpferstadt sind einige Erkrankungen vorgekommen. Erkankt ist auch ein Major, das Mannschaften erkrankt und gewirkt hat. Eine Malaria-epidemie nach dem Verlauf der Krankheit ist ausgeschlossen betrachtet werden. Das Tier, dessen Fleisch die Erkrankung herbeigeführt haben könnte, hatte ein gesundes Aussehen, eine Autopsie wurde nicht vorgenommen worden. Eine Befragung des Schlachthofbetriebs ergab auch ein durchaus gesundheitsgemäßes Ergebnis. Die gestellten Vorschriften sind darin erfüllt. Es liegt hier nach allem ein Vorkanz vor, den die Wissenschaft in ihren heutigen Stadien trotz aller Vorforschungsmaßnahmen nicht zu erklären vermag.

Herr Dr. Weill (Soz.) fragt nach der Möglichkeit der in der französischen Presse verbreiteten Nachricht, dass neuerdings deutsche Truppen in Kamerun ein verlustreiches Gefecht gehabt haben.

Direktor im Reichscolonialamt Dr. Olheim: Von einem Zusammenstoß, wie ihn die französischen Blätter gemeldet haben, ist weder dem Colonialamt noch dem Gouvernement von Kamerun, von dem hier schon verschiedentlich berichtet wurde, etwas bekannt. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, dass eine Verwechslung mit einem früheren Gefecht vorliegt, in dem am 27. April der Unteroffizier Sieverfen gefallen ist. Die Nachricht war bereits Anfang Mai hier verbreitet.

Herr Dr. Rehnardt (Soz.) fragt an, was geschehen ist, um den Reichstagsbeschluss betreffend Verlegung einer Kommission zur Prüfung der Rückzahlungsverhältnisse auszuführen, wie die Kommission im einzelnen zusammengesetzt sein wird, und wann sie zusammenzutreten soll.

Scheidtmanz: Der Reichstagspräsident hat den Staatssekretär des Innern mit der Bildung der Kommission und demnach mit der Leitung ihrer Verhandlungen beauftragt. Der Staatssekretär hat auf den Vorschlag des Reichstagspräsidenten die Mitglieder der Kommission in Verbindung gebracht. Nach der Zusammenlegung der Kommission können zuerst die Erörterungen nach. Es wird voraussichtlich nach Ende des Sommerurlaubs im Herbst zusammenzutreten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der kleine Gesetzentwurf, der von allen Parteien des Hauses eingebracht ist, im Interesse der öffentlichen Pensionen hinsichtlich der Pensionen und Erbschaft, die privaten Einzelne erhalten. Es sollen den im Versicherungsgebiete für Angehörige der öffentlichen Pensionen und Erbschaften an nichtöffentlichen Schulen gleichgestellt werden. Der Gesetzentwurf wird ohne jede Erörterung in allen drei Lesungen angenommen.

Zweite Lesung der Deckungsvorlagen.

Aus der zweiten Lesung der Wehrvorlagen und der Deckungsvorlagen sind noch unerledigt das Finanzgesetz und der daraus folgende Ergänzungsentwurf für 1913. Von einer Reihe derer, die den Reichstagspräsidenten in der ersten Lesung den Antrag der Konventionen, die von der Kommission geforderten ersten beiden Paragraphen des Finanzgesetzes wieder heraufstellen. Diese beiden Paragraphen des Regierungsentwurfs sollen die Wehrsteuer durch eine Erhöhung der Matrularbeitsteuern zu ersetzen. Die beiden Paragraphen sollen den auf die entfallenden Anteil durch eine gesetzliche allgemeine Besteuerung des Vermögens, Einkommens oder der Erbschaften, allein oder nebeneinander, bei sich einführen, oder wenn sie beratige Steuern haben, sie erhöhen. Am den Antrag Wehrpar, die Regierungsvorlage wieder heraufstellen, brecht sich in erster Linie die Debatte, und es wird auf Antrag des Wehrpar im Laufe der Generaldebatte die namentliche Abstimmung beschlossen.

Herr Dr. Bassermann (Natl.)

gibt einen Überblick über die Gründe, die in der Kommission zur Abänderung der Regierungsvorlage und zu dem Wehrsteuerkomplex geführt haben. Der von den verbündeten Regierungen vorgeschlagene Weg der veredelten Matrularbeitsteuern wird durch die Verpflichtung der Einzelstaaten, die Beiträge durch eine allgemeine Besteuerung aufzugeben, nur nicht gangbar. Darin erblicken wir einen zu geringen Gewinn an finanzieller Selbständigkeit der Einzelstaaten. Wir können darum auch heute nicht für den Antrag des Wehrpar stimmen. Von unseren Freunden im Lande sind wir diesem gefügt worden,

den, weshalb wir die Erbanfallsteuer des Jahres 1909 nicht wieder eingebracht haben. Wir waren einmal der Meinung, dass es das beste wäre, die Steuer wieder einzuführen, um die Aufgabe der Steuerbehörde und der damit zusammenhängenden Bedienung, den Versuch zu machen, den großen Parteien freit auszuscheiden. Der zweite Gesichtspunkt war finanzieller Natur. So sind wir dann zur Reichssteuerübernahme der verbündeten Regierungen. Wir mussten die Steuer zu überwinden. Das führte uns mit Notwendigkeit dazu, das Wehrsteuergesetz, welches als Eventualgesetz seitens des Bundesrats für die Einzelstaaten vorgelegt war, zur Reichsteuer zu machen; die Reichssteuererhöhung zu machen.

Ein Teil meiner Freunde war mir geneigt, auf den Vorschlag dieses Gesetzes zu treten, wenn die Bedenken, die überhaupt gegen die Vorarbeiten vorliegen sind. Wenn sie es doch tun, so geschieht es, weil diese Steuer ein Teil der Kompensation der ganzen Deckung ist. Wenn man diesen Teil herausnimmt, so würde der ganze Aufbau der Kompensation in sich zusammenbrechen. Wir sind selbstverständlich auch nicht in der Lage, über die Protektion der von hoch angelegenen Korporationen der Industrie, des Handels und des Gewerbetreibenden an den herangezogenen sind. Wir müssen die Steuern, die darin niedergelegt sind, natürlich prüfen. Es kamen wir dazu, zu erörtern, ob die Nachteile oder Vorteile dieser Besteuerung überwiegen. Wir mussten uns sagen, dass das Einkommen der Steuerbehörden in die privaten Einkommen der Steuerzahler bei der Steuerübernahme einfließen wird als es bei jeder direkten Steuer nach der Fall ist. Wir konnten uns auch nicht vorstellen, dass ein solches Einkommen eintreten würde, insofern, als wir die Kapitalbildung in gewissen Umfang hindern. Ingeheim dieser erheblichen Bedenken haben wir eine Resolution eingebracht, worin wir die Regierung erklunden, auch bei der Befestigung der Ergebnisse des Wehrpartrags und demnach der Vermögenszuwachssteuer dem Reichstage eine Überlieferung vorzulegen, aus der sich ergibt, wie sich die Kosten dieser Gesetzgebung auf die Hauptgruppen der Steuerzahler verteilen. Wir bitten Sie um Annahme dieser Resolution. (Der Reichstagspräsident b. Wehrmann-Hollwegerscheint im Saal.)

Für uns waren folgende Gründe maßgebend, dem Wehrsteuereinkommen unsere Zustimmung zu geben: erstens ist es ein Wehrsteuergesetz und damit der Grundbehalt, das für die Ausgaben für das Reich aus einer Verlegung in reichsweite Einkommen gefunden wird, zweitens besteht die Einkommensteuer aus einer allgemeinen Wehrsteuer, wemalich der Wehr, allerdings nur soweit ein Zuwachs besteht, alle drei Jahre bezogen werden. Wir haben drittens - und das war für uns sehr wichtig - die Verlegung der Besonderen in diesem Gesetz vorzuziehen, wobei wir uns klar waren, dass bei dieser schwereren Frage, die diese großen Parteien entgegen hat, eine Einigung nur herbeizuführen war, wenn auf beiden Seiten Konzessionen gemacht wurden. Es ist auch nicht zu verkennen, dass gegenüber den Nachteilen dieser Vermögenszuwachssteuer in dem Sommer die Anforderungen, die von den Verbündeten herbeigeführt sind, die schon seit vielen Jahren erhoben werden: einmal die Aufhebung des Schenkungspenkels und zweitens die Befreiung der besitzlosen Vermögensgegenstände, die ja zweifellos ein großes Bedenken sind, gegen die Einkommensteuer, wobei wir uns klar waren, dass wir alle für die Hebung der Einkommensteuer in dieser großen nationalen Frage der Steuerübernahme eine vorläufige Schritt war, den verbündeten Parteien zu betreiben und dem in- und Ausland gegenüber einen selten erscheinenden Wehrwillen unseres Volkes zu zeigen. (Weill.)

Herr Dr. Siedelmann (Soz.)

Wir sehen in der Wehrvorlage keine Stärkung des Vaterlandes, sondern im Gegenteil neue Gefahren. Aus richtig verstandenen Patriotismus werden wir dagegen stimmen. Wenn wir sie trotzdem nicht verhindern können, so wollen wir sie doch so gestalten, dass sie nicht die Schwachen, sondern die Leistungsfähigen belastet. Die von der Regierung vorgeschlagenen veredelten Matrularbeitsteuern lehnen wir ab, um dafür die Bahn für eine direkte Besteuerung des Vermögens zu öffnen. Die nach langem Gedenken erarbeitete Wehrvorlage, die ich vorgeschlagen habe, entspricht dieser Forderung nicht in vollem Umfang. Wenn sie trotzdem eine Befreiung gegenüber der Regierungsvorlage darstellt, so ist das unter dem Einfluss der 110 Sozialdemokraten im Hause und ihrer 4 1/2 Millionen Wähler geschehen. Dielem Grunde der hinter uns stehenden Massen hat sich vor allem nicht das Zentrum entschieden können. Wenn wir keine reine Vermögenssteuer für das Reich erhalten, so ist das die Schuld der Nationalliberalen. Eine Wehrvorlage sollte nur bestehen. Die Zusatzsteuer befreit nicht und trägt die Last. Die nichtbesteuerbaren Vermögensgegenstände wirtschaftlichen Elemente. Was ungenügend daran ist, fällt uns nicht zur Last; was daran grundsätzlich ist, ist unsfer Verdienst. (Lachen rechts.) Die Wehrvorlage muss mit der Deutschen Tagesordnung liegen: So ist es denn gelungen - es kommt am 1. Juli (Erklärung d. Soz.) diesmal konnten Sie nicht die Wehrvorlage nicht verhindern, sondern Sie haben die ungenügenden Momente müssen heraus aus dem Gesetz. Nach dem großen Gedanke, dass in dem Gesetze der Anfang einer direkten Vermögenssteuer des Reiches liegt, werden wir unsere Stellung nehmen. Auf diesem Wege werden wir weiter gehen.

Herr Dr. Graf Schermer-Röhm (Kons.)

Wir beantragen in den ersten Paragraphen des Gesetzes die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Ich habe dazu noch das Besondere zu betonen, meine Freunde auszusprechen, dass die Regierung die Vermittlung nicht auch abgelehnt hat, und dass sie ihre Vorlage bisher nicht mit demjenigen notwendigen Nachdruck verteidigt hat, den meine politischen Freunde anwandten. (Weill rechts.) Erheblichen Bedenken haben wir bereits in der ersten Lesung Ausdruck gegeben, namentlich hinsichtlich der Artikel 35 und 36 der Wehrvorlage, nemlich die Aufnahme des Reiches nicht auf Wehrsteuern in der Regel gegründet werden sollen, und dass eine Deckung nur ausnahmsweise in Ergänzung der indirekten Einkommen des Reiches durch Umlagen erfolgen soll. Diese Aufstellung ist namentlich auch von dem Schöpfer der besten Wehrvorlage bestätigt worden und nachdrücklich betont worden. Wir gehen heute in namentlicher Weise auf den Vorwurf ein, dass im Jahre 1908 fast darüber auch nicht der mindeste Zweifel bestanden, weder beim Reichstag, noch bei den verbündeten Regierungen, dass die Aufnahme der Grundlagen unserer

Finanzen bildet und dauernd bilden müsse. Der Antrag Bassermann-Graberger bildet an sich auch keine Durchbrechung dieses Grundsatzes. Auch die Vorgänge von 1906 und 1909 brauchen nicht als solche angesehen zu werden. Auch die verbündeten Regierungen haben damals bei der Entscheidung über die Wehrvorlage die Erbschaftsteuer als solche nicht zu den Steuerquellen des Reiches gezählt. Es ist auch zuzugeden, dass in anderen Städten die Wehrsteuer nicht auf den direkten Steuern erhoben wird, sondern zu den indirekten Steuerquellen. Demnach ist es von den verbündeten Regierungen der mindeste Zweifel darüber gelassen worden, dass eine direkte Vermögenssteuer oder Reichssteuer keine Reichsteuer sei, und dass sie in die finanzielle Selbständigkeit der Bundesstaaten eingreife. Diese Stellung der verbündeten Regierungen kann sich nicht geändert haben, als sie die Vorlage machten.

Die Grenzen zwischen den Steuern des Reiches und der Einzelstaaten müssen schärfer gezogen werden. Das wäre auch bei einer Heranziehung des Wehrpar sehr wohl möglich gewesen. Ich habe in dieser Beziehung den Vorschlag gemacht, die Einkommensteuer der Einzelstaaten ganz oder teilweise dem Reiche zu überweisen. Damit würden dem Reiche sehr erhebliche Einnahmen geschaffen werden. Diese Steuern lassen sich erheblich ausbauen. Frankreich zieht aus seinen Steuern trotz viel geringerer Bevölkerung 340 Millionen Francs ein. Deutschland, ein viel stärkeres Land, mit einer Bevölkerung von 730 Millionen. (Lachen rechts.) Das wäre ein Weg, auf dem ohne große Belastung des Wehrpar (Geldgeber bei den Soz.) Einnahmen geschaffen werden könnten. Auch die Einheitsmäßigkeit der Steuerabgaben wäre einnehmend, auch die Entlastung der Bundesstaaten, die die Wehrpar der Regierung, bei der Heranziehung des Wehrpar die Finanzhoheit der Bundesstaaten bei ihren Vorarbeiten voranzustellen. Wie sieht es aber damit? Bei der Finanzreform von 1909 waren die Regierungen einig über diesen Grundgedanken. Die damals gemachten Bestimmungen haben über einen Wert von 500 Millionen höchstens ein Fünftel aus direkt und vier Fünftel aus Verbrauchssteuern gedeckt werden müssen. Das ist auch geschehen. Auch 1912 bei der Reg. Bassermann-Graberger war man sich durchaus einig über diesen Grundgedanken. Die damals gemachten Bestimmungen haben über einen Wert von 500 Millionen höchstens ein Fünftel aus direkt und vier Fünftel aus Verbrauchssteuern gedeckt werden müssen. Das ist auch geschehen. (Lachen rechts.)

Es handelt sich um die Deckung der damaligen Wehrvorlage. Zunächst wurde die Deckung dadurch geschaffen, dass die Erbschaftsteuer und zwei Jahre hinausgeschoben wurde. In neue große Ausgaben, eine neue Wehrvorlage, die Wehrpar hat nur für eine Vorlage. Die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die Wehrpar hat sich nicht für eine Vorlage, die Veredelung der Matrularbeitsteuern in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz war für uns durchaus nicht unbedenklich, aber immer noch dem verfassungsmässigen Standpunkt aus einmütigem Entschlossenheit. Die We

halten. (Beifall rechts.) Ich bitte die unseren Antrag anzunehmen. In jedem Falle aber lehnen wir hier vor dem Rathe noch einmal jede Verantwortung für die Verhandlungen ab. Ich bitte die Herren Mitglieder dieses Ausschusses, die sich für die Erhaltung der Grundlagen unseres Reiches und unserer Bundesstaaten mit Naturnotwendigkeit herbeizuführen muß und wird. (Stürmischer Beifall rechts.)

Schatzsekretär Kühn:

Die verbündeten Regierungen tragen und tragen schwere Bedenken, das als subsidiierte Gesetz über Vermögenszuwachssteuer als Reichsgesetz einzuführen. Das Gesetz ist weder ein reines Vermögens- noch ein reines Einkommensgesetz. Es enthält aber in sich beide Eigenschaften. Insofern ist es unter Umständen geeignet, in die selbständigen Finanzen der Bundesstaaten einzugreifen, sogar die Steuerkraft der einzelnen Steuerträger sogar zu belasten. Wenn die Regierungen sich trotzdem entschließen sollten, auf den Weg zu treten, der zunächst von der Kommission des Reichstages vorgeschlagen ist, so würden sie dies tun, was sie das Recht hat, das jetzt seiner Vollerfüllung entgegensteht. Ich bitte die Herren Mitglieder, sich über diese Angelegenheit zu entscheiden. (Beifall rechts.)

Ich möchte also nur noch konstatieren und die Versicherung geben, daß wenn der Reichstag dem Beschlusse seiner Kommission zustimmen sollte und wenn sich auf dieser Grundlage die Vorarbeiten eröffnen sollte, daß wir zu einer beschleunigten Lösung der ganzen großen Aufgabe gelangen, die verbündeten Regierungen in eine erneute Prüfung eintreten werden, und ihre Bedenken auf der einen Seite und die Gründe, die auf der anderen Seite vorzutragen sind, nicht zu erörtern. Der sozialdemokratische Redner hat die Reichsteuer als das Werk der Partei in Anspruch genommen. Ich darf darauf hinweisen, daß dieses Gesetz, wie es vor der Kommission angenommen ist, ihnen von dem Bundesrat vorgelegt worden ist, der damit allerdings soziale, aber nicht sozialistische Tendenzen bezweckt. (Beifall rechts.) Der letzte der Herren Vordränger hat sich mit ungenügender Genauigkeit über die Absichten der verbündeten Regierungen und des Reichstages geäußert. Nach meiner langen, mehr als zehnjährigen Praxis kann ich hier feststellen, daß noch niemals an einem großen Steuerergesetz so einmütig und so bereitwillig von allen Seiten eine Ablehnung erfolgt ist, wie an dem Gesetze, das uns jetzt vorliegt. (Beifall rechts.) Ich bitte die Herren Mitglieder der verbündeten Regierungen auch zu bedenken haben. (Beifall rechts.)

Hg. v. Haber (Sp.):

Wir können nicht mit dem Abg. Hoffmann unsere Zustimmung zu der Vorlage besonders freudigen Segens geben. Wir haben unsere Zustimmung gegeben, weil wir geglaubt haben, damit eine Verpflichtung gegenüber dem Vaterland und dem Volke zu erfüllen. Darüber hinaus aber können wir nicht sagen, daß wir die Vorlage als ein einmal die Zustimmung der Reichstages gegeben haben, wir sind uns natürlich auch die Frage der Deckung überlegen. Zunächst muß für uns die Frage der Deckung überlegen. Zunächst muß für uns die Frage der Deckung überlegen. Zunächst muß für uns die Frage der Deckung überlegen. (Beifall rechts.)

Die Befragung der früheren Reichsfinanzminister aber konnten uns nicht verlassen, diesen Weg zu beschreiten, da auf diese Weise die schlechtesten Steuern aufzuheben sind. (Beifall rechts.) Außerdem haben wir in der Zeit von der Kommission des Reichstages die Vermögenszuwachssteuer als ein Gesetz, das in dem Kampfe errungen wurde, wenn sie es nicht ist, so ist es ein Teil aus die Erbfallsteuer. Weiter aber bietet der jetzt eingeschlagene Weg die Möglichkeit, gewisse Vorzüge der Regierung zurückzugeben, und was uns besonders wichtig erscheint, einzelne ganz besonders schlechte Steuern zu beseitigen. (Beifall rechts.)

Es ist nicht zu sagen, als eine einmal bestehende Steuer abzuheben, weil das Gesetz der Trägheit zwingt sie aufrecht zu erhalten. In der Presse wird uns nun Vorwurf gemacht, daß wir auf eine allgemeine Vermögenszuwachssteuer verzichtet hätten. Das haben wir aber nicht getan. Wir haben die Vermögenszuwachssteuer, die die verbündeten Regierungen einer allgemeinen Vermögenszuwachssteuer entgegenstellen und ich muß fragen, wo die Leute, die das besser wissen wollen, ihre Gedanken konzentriert haben. (Beifall rechts.)

Wir der Zustimmung der verbündeten Regierungen zu unseren Vorschlägen wird es ja nicht fehlen. Besonders erfreut hat uns das Eintreten der Nationalliberalen und der Sozialdemokraten, deren Vertreter sich mit Wärme für die Erhaltung der Grundlagen unseres Reiches ausgesprochen haben. Wir sind mit dieser Zustimmung der Reichstages beehrt, daß wir mit diesem Vorlage auf dem richtigen Wege sind. (Beifall rechts.)

wege gebracht, denn man muß mit Recht besondere Berücksichtigung der sozialen Anforderungen nachsagen. Wir können behaupten, daß die Zeit bald kommen wird, in der wir überall im Reiche Vermögenszuwachssteuer haben. Die falsche Beurteilung unserer Verhältnisse erklärt sich nur daraus, daß wir die Vermögenszuwachssteuer, ohne Rücksicht auf den Zusammenhang mit den eigentlichen Steuern, berücksichtigt man diesen Zusammenhang, so wird man finden, daß die Vermögenszuwachssteuer keine Ungerechtigkeit und Unbilligkeit darstellt, sondern eine Ergänzung der bereits vorhandenen Besteuerung. (Beifall rechts.)

Das Gesetz ist nicht nur ein Vermögensgesetz, sondern ein Einkommensgesetz. Es enthält aber in sich beide Eigenschaften. Insofern ist es unter Umständen geeignet, in die selbständigen Finanzen der Bundesstaaten einzugreifen, sogar die Steuerkraft der einzelnen Steuerträger sogar zu belasten. Wenn die Regierungen sich trotzdem entschließen sollten, auf den Weg zu treten, der zunächst von der Kommission des Reichstages vorgeschlagen ist, so würden sie dies tun, was sie das Recht hat, das jetzt seiner Vollerfüllung entgegensteht. Ich bitte die Herren Mitglieder, sich über diese Angelegenheit zu entscheiden. (Beifall rechts.)

Ich möchte also nur noch konstatieren und die Versicherung geben, daß wenn der Reichstag dem Beschlusse seiner Kommission zustimmen sollte und wenn sich auf dieser Grundlage die Vorarbeiten eröffnen sollte, daß wir zu einer beschleunigten Lösung der ganzen großen Aufgabe gelangen, die verbündeten Regierungen in eine erneute Prüfung eintreten werden, und ihre Bedenken auf der einen Seite und die Gründe, die auf der anderen Seite vorzutragen sind, nicht zu erörtern. Der sozialdemokratische Redner hat die Reichsteuer als das Werk der Partei in Anspruch genommen. Ich darf darauf hinweisen, daß dieses Gesetz, wie es vor der Kommission angenommen ist, ihnen von dem Bundesrat vorgelegt worden ist, der damit allerdings soziale, aber nicht sozialistische Tendenzen bezweckt. (Beifall rechts.)

Hg. Schultze-Bromberg (Sp.):

Für uns ist allein schon die begeisterte Zustimmung der Sozialdemokratie zu den Kommissionsvorschlägen bezeichnend. Die Sozialdemokratie ist Gegner der ganzen Linie. (Beifall rechts.) Das ist die Haltung der Sozialdemokratie. (Beifall rechts.) Ich kann nicht finden, daß das eine glänzende Steuerergänzung ist, die noch dazu in den Vermögensgrundlagen der Bevölkerung im Lande die bereits bestehende Vermögenszuwachssteuer überflüssig macht. (Beifall rechts.)

Wir hätte noch drei oder vier Zehner geglaubt, daß sich eine solche Mehrheit hier zusammenfinden würde und daß ein solches Gesetz. (Beifall rechts.) (Beifall rechts.) 1909 haben die Finanzminister der Einzelstaaten ein Kompromiß dieses Hauses zu Fall gebracht. Wir sind diesmal die Finanzminister der Einzelstaaten gebietet. (Beifall rechts.)

Hg. Dr. Süßmann (Sp.):

Zweifellos hat das Anwesenige einer Partei auf den Grundgedanken des Gesetzes einzuwirken. Der Schatzsekretär hat das abzuwehren versucht, indem er meinte, das Gesetz sei nicht sozialistisch, sondern sozial. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Kühn:

Wären die Gesandten des Reiches so groß, so würden die verbündeten Regierungen in ihrem eigenen Interesse im niemals guttunen, wenigstens die Reichsregierung, der doch nur an dem Wohlergehen des Reiches gelegen ist. (Beifall rechts.)

Hg. v. Meyer (Sp.):

Ich muß für meine Person Einspruch dagegen erheben, daß die Ermäßigung der Zuckerversteuerung durch den Reichstag nicht in einem Wahlkreise gewählt ist, wo sich Zuckerverfabriken befinden. Es handelt sich

hier nicht um eine Vereinbarung, die umgehoben wird, sondern um eine gesetzlich festgelegte Bestimmung. Ich protestiere im Namen einer großen Industrie gegen die Ermäßigung der Zuckerversteuerung. Der Redner spricht weiter über die Wirtschaftsförderung, wird aber vom Reichspräsidenten Doberzahn gestrichelt. Die Ermäßigung der Zuckerversteuerung ist gefährlich. Dadurch ist die Landwirtschaft in den zuckerrückführenden Gegenden schwer bedroht.

Hg. v. Meyer (Sp.):

Der deutsche Zuckerverbrauch kann nur gesollt werden, wenn die Zuckerversteuerung wieder gestiegen ist. (Beifall rechts.)

Hg. v. Garmer-Jeserow (Kon.):

Wir beantragen die Wiederherstellung der Zuckerversteuerung in der bisherigen Höhe bis zum 1. April 1915.

Hg. v. Meising (Reifl.):

Warum haben die 110 Sozialdemokraten ihre Macht in dem Reichstagsrat nicht angewandt, um diese Konsumsteuer abzuheben? (Beifall rechts.)

Hg. v. Meyer (Sp.):

Ich spreche nochmals gegen die Ermäßigung der Zuckerversteuerung. Die Zuckerversteuerung ist ein wichtiger Bestandteil der Reichsfinanzen. (Beifall rechts.)

Die Erhöhung des Kriegsschulds.

Hg. Dr. Trendl (Sp.):

Ich spreche gegen die Erhöhung der Ausgabe weiterer Reichsschuldscheine zu 5 und 10 Mark bis zur Höhe von 120 Millionen Mark.

Hg. v. Meyer (Sp.):

Ich spreche gegen die Ausgabe weiterer Reichsschuldscheine zu 5 und 10 Mark bis zur Höhe von 120 Millionen Mark.

Das Reichs-Vermögenszuwachssteuer-Gesetz.

Die §§ 1-16 werden debattelos angenommen.

Hg. v. Meyer (Sp.):

Ich spreche gegen die Ausgabe weiterer Reichsschuldscheine zu 5 und 10 Mark bis zur Höhe von 120 Millionen Mark.

Hg. v. Meyer (Sp.):

Ich spreche gegen die Ausgabe weiterer Reichsschuldscheine zu 5 und 10 Mark bis zur Höhe von 120 Millionen Mark.

Hg. v. Meyer (Sp.):

Ich spreche gegen die Ausgabe weiterer Reichsschuldscheine zu 5 und 10 Mark bis zur Höhe von 120 Millionen Mark.

Hg. v. Meyer (Sp.):

Ich spreche gegen die Ausgabe weiterer Reichsschuldscheine zu 5 und 10 Mark bis zur Höhe von 120 Millionen Mark.

Hg. v. Meyer (Sp.):

Ich spreche gegen die Ausgabe weiterer Reichsschuldscheine zu 5 und 10 Mark bis zur Höhe von 120 Millionen Mark.

Hg. v. Meyer (Sp.):

Ich spreche gegen die Ausgabe weiterer Reichsschuldscheine zu 5 und 10 Mark bis zur Höhe von 120 Millionen Mark.

Hg. v. Meyer (Sp.):

Ich spreche gegen die Ausgabe weiterer Reichsschuldscheine zu 5 und 10 Mark bis zur Höhe von 120 Millionen Mark.

Die Reichs-Wertzuwachssteuer.

Die Kommission beantragt die Aufhebung des Reichs- und Bundesstaats zugehörigen Anteils der Reichs-Wertzuwachssteuer. (Beifall rechts.)

Schatzsekretär Kühn:

Wir beantragen die Aufhebung der Wertzuwachssteuer. (Beifall rechts.)

festigung des auf das Reich entfallenden Anteils, oder eine finanzielle Entlastung der Gemeinden siehe Nr. 11. Hierbei würde eine Fülle von Überlegungsabstimmungen notwendig sein, von deren technischer Durchführung noch große Schwierigkeiten zu erwarten sind.

Hg. Gasse (Soz.):
Wir sind gegen den Antrag. Was soll man von einem Gesetzgeber halten, der so im Verleihen der Folge in die Finanzverwaltung der Gemeinden tief einschneidende Maßnahmen trifft? Die Gemeinden werden in fortwährender Verlegenheit leben, das ihnen das noch belastete Budget durch einen plötzlichen Anstieg der Landesgesetzgebung entgegen wird. Auf so unsicheren Boden ist keine gesunde Finanzwirtschaft möglich.

Hg. Dr. Jaeger (Zentr.):
Beantworte folgende Einigung: Steht das der Befreiung unterliegenden Vermögen in Raubziehung, so fällt, wenn nicht rechtsgeschäftlich etwas anderes bestimmt ist, die Besitzsteuer dem Eigentümer zur Last.

Hg. Dr. Blund (Sp.):
Beantworte eine Anmerkung des Kommissionsberichts dahin, daß die Gemeinden mit Zustimmung der Landesgesetzgebung ihre früheren vom 1. Januar 1911 bestehenden Vermögensverhältnisse wieder in Kraft setzen können. Diese gesunde Steuerquelle wollen wir den Gemeinden erhalten wissen.

Hg. Schiffer (NatL.):
Der Abgeordnete Gasse ist im Irrtum, wenn er glaubt, daß durch unseren Kompromissantrag sich die Reichsgesetzgebung in ungebührlicher Abhängigkeit von den Einzelstaaten begibt. Es kommt nicht in Betracht, daß das Inkrafttreten der Aufhebung eines Reichsgesetzes von der Landesgesetzgebung abhängig gemacht wird. Wir wollen keineswegs das Gesetz nun ganz beseitigen, wir wollen aber den Gemeinden die Möglichkeit geben, das Gesetz über ganz veränderliche Verhältnisse entsprechend zu gestalten. Dies wollen wir von dem Versuch des Reichstags unabhängig machen. Die Veranschlagung, die durch eine Veränderung der Gesetzgebung entstehen kann, wollen wir auf ein Mindestmaß zurückführen.

Hg. Vogt-Gall (Konf.):
empfehlend den Kompromissantrag.

Hg. Gasse (Soz.):
Der Kompromissantrag, der uns erst eben auf den Tisch gekommen ist, ist in seinen Konsequenzen noch gar nicht richtig erkannt; der Antrag enthält nicht weiter als die Begünstigung der Einzelstaaten. Die benachteiligten Reichsbeamten sollen vollkommen freigelassen werden, ohne Rücksicht auf die Höhe des Umfanges. Das ist eine Revolte gegen die Reichsgesetzgebung.

Hg. Behrens (Wirtsch. Bg.):
Die Aufhebung der Reichsgewerbesteuer ist nur ein Vorteil für die Einzelstaaten. Das Gesetz hat sich kaum eingestellt, der Grundbesitzbesitzer hat sich kaum darauf eingestellt, da wird es schon wieder aufgehoben. Wir sind gegen alle Anträge auf Aufhebung des Gesetzes. Anstatt die benachteiligten Steuern von 1909 wie Land- und Zinssteuer auszuheben, soll man hier die Terrainspaltsteuern in Millionen ergreifen.

Regierungs-Kommissionar Hr. v. Zedlitz:
Kamens der preussischen Regierung bemerkt ich, daß die Bedenken gegen den Kompromissantrag überhaupt große Befürchtung erregen würde, wenn gemäß dem neueren Antraben des Hg. Blund ein Eingriff in die ureigene Steuerpolitik der Einzelstaaten erfolge.

Hg. Kaefer (W.):
wendet sich besonders gegen die Befreiung des jetzigen Umfanges. Das bedeutet eine ungeheure Befreiung des Grundbesitzes und ist die ungerechteste Steuer, die je in einem Parlament der Welt beschlossen wurde.

Hg. Jäger (Zentr.):
wird die Reichsversicherungsanstalt in einem weiteren Antrage nicht beseitigen, sondern nur ihre Grenzen mindern.

Bei der Abstimmung wird der Kompromissantrag mit dem Abänderungsantrag angenommen. Der Antrag Jäger (Zentr.) über das in Rubrikierung stehende Vermögen wird angenommen. Die anderen Anträge sind damit erledigt.

Bei einem weiteren Paragraphen wird die Bestimmung getroffen, wonach neben dem Ertrage aus die Verwerdung eines Jagd- oder Fischereirechts zu berücksichtigen ist. Bei der Abstimmung werden die Punkte der Rinken fast leer, während die Rechte fast voll besetzt sind.

Die Heranziehung der Bundesfürsten.

Die Sozialdemokraten beantragen, die Bundesfürsten als steuerpflichtig ausdrücklich im Gesetz zu erwähnen und daher festzusetzen, daß der Bundesrat die für die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer der Bundesfürsten zuständigen Behörden bestimmt.

Hg. Gasse (Soz.):
Es wäre eine Sünde, die Gelegenheit zu verpassen, die Bundesfürsten heranzuziehen. Hoffe das ganze Haus ist sich darüber einig, für die Rechte hat das auch der Hg. Behrens erklärt.

Hg. Graf Westarp (Konf.):
Herr Behrens hat für die Wirtschaftliche Bereinigung gesprochen. Wir Konfessionellen sind dagegen.

Hg. Hübner (Sp.):
Es ist selbstverständlich kein Zweifel darüber, daß die Rinken steuerpflichtig sind, ob der Antrag Gasse angenommen wird oder nicht.

Der Antrag Gasse wird darauf gegen Konfessionelle und Zentrum angenommen. (Bezeugung.)

Die Beschlüsse über die Reichsämter werden in einigen geringfügigen Punkten nach Anträgen Sp. (Zentr.) und Wasser mann (Konf.) geändert.

Die Abgeordneten von Elsass-Lothringen beantragen, daß in den Staaten, die bereits eine Grundbesitzsteuer auf Besitztümern haben, der durch die Reichsbesetzung entstehende Ausfall unter gewissen Bedingungen durch Besitzsteuer ersetzt werden kann.

Hg. Dr. Ricklin (Wirtsch.):
begünstigt den Antrag.

Hg. Wurm (Soz.):
Wir sind bereit, diesem Antrag zuzustimmen, wenn die einschlägliche Regierung dem folgenden Antrag in der nächsten Session auf eine neue Einkommensteuer bereit ist.

Elsass-Lothringischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Kobis: Wir haben schon vor 13 Jahren eine Einkommensteuer eingeführt mit Ergänzungsteuer einbracht. Dieser Entwurf ist durch die Schließung des Reichstags damals nicht mehr zur Verwirklichung gekommen. Wir werden schon im nächsten Winter diese Vorlage auf neu einbringen. Zum übrigen bitte ich ebenfalls um Annahme des Antrags.

Der Antrag wird angenommen, ebenso die Resolution Wasser mann, die eine Überleitung über die Wirksamkeit der neuen Steuern fordert. — Damit ist die zweite Lesung der Reichsgesetzvorlagen erledigt. Der Reichstag wird geschlossen.

Es folgt die Beratung der Kommissionsbeschlüsse über die Initiativanträge über die Wohnungsfrage. Die Beschlüsse werden nach kurzen zuzuführenden Bemerkungen der Hg. Göhre (Soz.), H. B. Hoff (Sp.), Frommer (Konf.) und M. u. M. (Wirtsch. Bg.) angenommen.

Deutsches Reich.

Zur Reichstagswahl in Dresden-Neustadt.

Die fortschrittliche Volkspartei hat nunmehr endgültig beschloßen, für die durch den Tod des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Raben im Wahlkreis Dresden-Neustadt notwendig gemordete Erbinwahl den Rechtsanwalt Friedrich Klöppel in Dresden als Kandidaten aufzustellen. Rechtsanwalt Klöppel landidierte bereits bei der letzten allgemeinen Reichstagswahl im Januar 1912 für die fortschrittliche Volkspartei. Seine Kandidatur wurde damals von den Nationalliberalen eifrig unterstützt. Dieser liberalen Kandidatur Klöppels gelang es 1912, in dem bis 1898 stets konservativ vertretenen Kreise die liberale Stimmenzahl auf 12 389 zu heben, während die Stimmen der konservativen Blöcke (Konservativ, Bund der Landwirte und Antiklerikalen) von 19 065 der Wahl von 1907 auf 13 893 bei der letzten Wahl zurückgingen. Die Nationalliberalen werden voraussichtlich auch diesmal wieder die fortschrittliche Kandidatur unterstützen.

Von konservativer Seite lag die Ansicht vor, den reformerischen Glorietmeister Reichs, Stadtverordneten in Dresden, als Kandidaten aufzustellen; Wehlich hat jedoch definitiv abgelehnt. Es ist Fühlung genommen worden, den Schmidt in den Staatsbahnerkassen Richard Anroz als nationalen Arbeiterkandidaten in Vorzug zu bringen. An einen Sieg der bürgerlichen Parteien ist übrigens nicht zu denken. Der Wahlkreis gilt als fester Besitz der Sozialdemokratie.

Der „Hornochsen“-Prozess.

In der „Neuen Westdeutschen Lehrerzeitung“ lesen wir: Der „Hornochsenprozess“, der seit dem Jahre 1907 lahmelte, ist nun endlich erledigt. Die Geschichte dieses Prozesses, in dem der Reichstagsabgeordnete des Deutschen Lehrervereins seinem Mitglied treu zur Seite stand, ist auch für uns von Interesse. Im Wahlkreis Gebweiler kandidierte der Justizrat Hauff. In einer Wählerversammlung griff er dabei die Kolonialpolitik der Regierung an und behauptete u. a.: Die Regierung ließe den Krieg in Ostafrika abhichtlich in die Länge; 200 mit Bewehrungen bewaffnete Offiziere hätten genügt, den Fortschritt in 12 Tagen zu beenden. Der Kollege Bongartz, der zuerst als Chinafahrges als Einziger „Freiwilliger“ gebildet hat, trat Hauff entgegen, den darauf gegen Bongartz die Register zog und losbarmer: Es sei eine Schande für einen tatsächlichen Lehrer, liberal zu sein; es sei auch für eine tatsächliche Gemeinde eine Schande, einen solchen Lehrer zu haben; er hoffe, sie werde dafür Sorge tragen, den Lehrer zu entfernen. Der ebenfalls anwesende Herrar Rorau mußte zugeben, daß der Lehrer seine Pflichten als solcher und als Rathhof erfüllt; wenn er aber trotzdem liberal sei, sei er ein Kommandant. Zum Schluß meinte Hauff, wenn Bongartz dies nicht einsehe, sei er ein Hornochse. — Der Beleidigte stellte daraufhin Strafantrag, welchem sich auch der Bezirkspräsident angeschlossen, und die Staatsanwaltschaft eröffnete das Strafverfahren. Hauff wurde inwieweit zum Angeordneten gewählt, und niemand lehrt mehr etwas von der Sache hören. Lehrer Bongartz, erfuhr im Jahre 1909, daß der Bezirkspräsident seinen Strafantrag zurückgezogen habe, und kurz darauf wurde ihm im Auftrage des Ministeriums nahegelegt, dasselbe zu tun. Da die Staatsanwaltschaft das Verfahren auch noch einstellte, mußte der beleidigte Kollege Privatklage anstrengen gegen den Herrar und den Angeordneten. Herrar Rorau nahm die beleidigenden Äußerungen zurück und gab die Kosten. Nun hat nach 6 Jahren auch Abgeordneter Hauff die beleidigenden Äußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen und trägt die Kosten des Verfahrens. Der beleidigte Kollege hat damit sein Recht, allerdings nach langem Kampf, erstritten.

Heer und Flotte.

Chef des Stabes der Hochseeflotte
ist Kapitän zur See Ritter von Mann Ober von Tiescher geworden. Er ist am 21. April 1914 in die Marine eingetreten und war zuletzt Kommandant des neuesten Dreadnoughts „Kaiser“. Den jetzt der Flügeladjutant des Kaisers

bestimmen soll. Der neue Chef des Stabes der Hochseeflotte hat den Ruf eines besonders umsichtigen Offiziers. Als Fregattenkapitän war er Kommandant der kleinen Kreuzer „Hamburg“ und „Dresden“.

Der neue Chef der Landendarmee General der Infanterie v. Westermann, bisher Gouverneur von Köln, ist aus dem Infanterieregiment Nr. 26 herangezogen, stand dann als Kompagnieführer und Bataillonkommandeur im 1. Gardebataillon zu Fuß, war Kommandeur des Königin-Augusta-Garde-Brigaden-Regiments, der 1. Garde-Infanterie-Brigade und der 37. Division in Allenstein. Gouverneur von Köln war er nur kurze Zeit, seit 1911.

Ausland.

Barthous Erfolg.

Die französischen Blätter mit Ausnahme der sozialdemokratischen bezeichnen einstimmig die Kammerrede des Ministerpräsidenten Barthou als ein Meisterwerk sachlicher und vaterländischer Beredamtheit und den entscheidenden Schlag gegen die Verluste der äußeren Finanzen, dem dreijährigen Dienst das System Jaurès, Augagneur und Wellmig entgegenzusetzen. Herr Barthou sei seit dem Beginn der Militärvorlage deren wirksamster, ja einzig wirksamer Verteidiger geblieben. Der Kriegsminister Etienne habe sich, so oft er das Wort nahm, äußerst schwach gezeigt und seiner Sache nicht geholfen als genügt. Auch die Regierungskommissare seien bisher nie auf der Höhe gewesen und hätten die Kammer wiederholt verstimmt. Herr Barthou mußte immer leidet vor den Rik treiben, und er tat es jedesmal mit glänzendem Erfolg. Hätte keiner Rede eine entscheidende Abkündigung folgen können, so bestände kein Zweifel, daß die Regierungsvorlage mit Dreiviertel-Mehrheit angenommen worden wäre.

Verbandstage.

Allgemeiner deutscher Muffierstag.

Berlin, 25. Juni.
Der Allgemeine Deutsche Muffierverband, dem über 16 000 deutsche Zivilberufsmuffier angehören und der durch seine langjährigen Kämpfe gegen die Konkurrenz der Militärmuffier, die Bekleidungsindustrie im Muffiergewerbe und für eine bessere Fortbildung der deutschen Muffier bekannt geworden ist, hält gleichzeitig mit dem hier stattfindenden großen Deutschen Muffierstag seine diesjährige Hauptversammlung ab.

Auch diesmal stehen als wichtigste Fragen die Konkurrenz der Militärmuffier.

Konkurrenz der Militärmuffier
auf der Tagesordnung der Verhandlungen, ferner die Konkurrenz, welche den deutschen Muffieren durch das Mitspielen von seitens der Gemeindegemeinden in den Zivilmuffierkapellen gemacht wird, und schließlich wieder die Bekleidungsfrage. — Bekanntlich ist der Verband wiederholt beim Reichstage auf Einschränkung, ja selbst auf ein Verbot des gewerblichen Spielens der Militärmuffier vorstellig geworden. Er hat seine Gründe in einer Kampfschrift niedergelegt, die auch in diesem Jahre wieder bei den Verhandlungen des Reichstages eine Rolle gespielt hat.

Aus dem Jahresbericht, den der Vorsitzende Kammermuffierverband (Berlin) erstattet, geht hervor, daß die Regierung andächtig gegen die Ausweitung der Militärmuffier-Konkurrenz vorgehen will. Dagegen ist auf dem Gebiete der Beamten-Konkurrenz noch nichts Wesentliches geschehen. In der Bekleidungsfrage hat der Verband gelegentlich der Verhandlungen über das Reichstagesgesetz eine Denkschrift angefertigt, in der geradezu erschreckende Einzelheiten über die Bekleidungsabwicklung durch gewissenlose Muffierdirektoren enthalten sind. Im Laufe der Verhandlungen besprach der zweite Präsident Frießel (Berlin) besonders die Militärmuffier-Konkurrenz, in dem er ausführte, daß auch jetzt noch zahlreiche Militärmuffierkapellen auf Konkurrenz im unterwegs sind,

während man doch im Reichstags behauptet habe, daß jeder Mann gebraucht werde. Viele Konkurrenz bedrängen den Militärmuffier, vor allem aber den Dirigenten ganz enorme Beträge ein, die den Zivilberufsmuffieren verloren gingen. Die Konkurrenz sei geradezu übermächtig. Zum mindesten müsse eine Einschränkung des gewerblichen Muffierens der Militärmuffier erreicht werden.

An zweiter Stelle behandelte Kammermuffier Leuchter (Dresden) die Bekleidungsfrage. Der Redner wies darauf hin, daß ganze Kapellen überhaupt nur aus Bekleidungen zusammengeleitet seien, namentlich in der Provinz Sachsen, im Herzogtum Anhalt und im Ober-Sachsenlande. Es sei ganz ausgeschlossen, daß diese Bekleidungen einmal in den Beruf ihrer Bestimmung kämen, der ohnehin schon unter der harten Konkurrenz zu leiden habe. Die Entlohnung dieser Bekleidungsstellen sei geradezu fantastisch, ebenso die Behandlung der jungen Leute und die Wohnungs- und Schlafgelegenheiten für sie. Die Folgen davon seien die sogenannten Muffiertrautheiten wie Schwindel, Alkoholverbrauch u. a. m.

In den weiteren Verhandlungen gelangten interne Verbandsangelegenheiten zur Besprechung. Ohne Debatte wurde ein Antrag Nürnberg angenommen, wonach den bayerischen Lokalvereinen gestattet sein soll, zur Förderung ihrer Bekleidungen sich zu Unterverbänden zusammenzuschließen. Die Tätigkeit derselben soll sich auf die Wahrung berechtigter Interessen und die Durchführung der lokalen Tarifkämpfe zwischen Militär- und Zivilmuffier erstrecken. Weiter gelangte zur Annahme ein Antrag des Lokalverbandes Launenburg, wonach der Allgemeine Muffierverband die Vermittlung und Stellungsvermittlung für die Schweiz dem Schweizerischen Muffierverband überträgt.

Berlin, 26. Juni 1913.

Die Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen Muffierverbandes wurden heute fortgesetzt mit der Beratung eines Antrages Hannover, wonach die Gründung eines Ensemble-Muffierverbandes innerhalb des Allgemeinen Deutschen Muffierverbandes zu genehmigen und ihm die Rechte eines Unterverbandes zuerzuerkennen seien. — Dem Antrag, der von Borck (S Hannover) begründet wurde, stimmte die Versammlung nach längerer Debatte in dem Sinne zu, daß die Ensemblemuffier sich zu Orchestern mit dem Ziel der Bildung von Fachgruppen zusammenschließen. — Gegen ein Zusammenarbeiten mit der Allgemeinen Konfessionellen wurde von einem großen Teil der Versammlungsteilnehmer Stellung genommen. Ein Antrag Leipzig auf Einführung von Legitimationskarten für Mitglieder aller Lokalvereine wurde angenommen, dagegen ein Antrag des Lokalverbandes, wonach Muffierdirektoren, Kapellmeister usw., die schon einer anderen Vereinigung angehören oder als berufsmäßige Muffierunternehmer in Betracht kommen, sowie behördlich angestellte Beamte von der Aufnahme in den Verband ausgeschlossen sein sollen, abgelehnt. — Der von L. Stuttgart gestellte Antrag auf Einführung eines Probejahres der sich zum Beitritt zum Verband Meldenden wurde nach kurzer Debatte zurückgezogen. — Nach Beratung einiger Anträge von interner Bedeutung hielt zu dem Thema Reichstags die Denkschrift des Verbandes Dr. Freidel (Berlin) einen Vortrag über „Muffierrecht“. Zu dem Thema Reichstags lagen zwei Anträge des Präsidiums vor, nach denen erklärt zu werden sollte, daß die Mitglieder insbesondere gehören soll, bei beruflichen Streitigkeiten der Mitglieder untereinander Entschädigungen zu treffen; der zweite Antrag des Präsidiums bestand in einer langen Reihe besonderer Bestimmungen für den Reichstags. Hierüber entwarf Herr eine ausgedehnte und zum Teil sehr lebhaft Debatte, in welcher der Verbandspresident u. a. betonte, daß mit dem ersten Antrag dem Verband nur wesentliche Kosten im Falle von Streitigkeiten erspart werden sollten. — Schließlich wurde die Beratung des ersten Präsidialantrags bis nach Erledigung des zweiten zurückgestellt. Die Beratungen werden fortgesetzt.

Halle und Umgebung.

Ein sommer alter Brauch
ist unangenehm abgeschafft worden: Das Anschlag der Beigolde im Roten Turm. Kleidung hat der größte Teil der Halle

Yhen Bürger es kaum bemerkt, und die es bemerkt haben, weil sie von dem Schall der Glocke täglich erreicht wurden, haben sich vielleicht nicht lange den Kopf darüber zerbrochen, warum mit einem Male die Besoldung nicht mehr erhöhte. Auf der jüngst abgehaltenen Kreislandsversammlung wurde der Bericht des Superintendenten Aufführung über die Entscheidung dieses alten kirchlichen Brauches und die Gründe seiner Aufhebung.

Seit 1409, also schon vor der Reformation, ist auf Anregung eines hiesigen Bürgers das dreimalige Anschlagens „pro pace“ (für den Frieden) erfolgt mit Rücksicht auf die 700-jährige Jahreshundert hindurch hat dieser Klang maubend in das geschäftliche Treiben der Geschlechter hineingerufen, daß man über dem „Arbeiten“ das „Beten“ nicht vernachlässigen solle. Heute bestand nun die Meinung, daß das Anschlagens nicht allein in seiner ursprünglichen Bedeutung längst verfallen und überlebt sei, sondern auch überhaupt nicht mehr als ein „sursum corda“ verstanden würde, vielmehr unbeachtet im Marktgewühl verfallte. Darum hat der Magistrat den drei alten Gemeinden (Marien, Moritz, Ulrich), die sich nach alter Uebereinstimmung in das Besoldungsgeld zu teilen hatten, vorgeschlagen, das Anschlagens einzustellen, und hat Zustimmung gefunden.

Schwurgericht.

In der am 30. Juni beginnenden Sitzungsperiode des Königl. Schwurgerichts in Halle kommen folgende Sachen zur Verhandlung:

Am 30. Juni, vormittags 9 Uhr, gegen den Bergmann Otto Frieß in Heßfeld wegen schweren Raubes.

Am 1. Juli, vormittags 9 Uhr, gegen den Buchhalter Paul Ziegengeist in Halle wegen Meineids.

Die vier Pfarrstellen an Laurentius. Nachdem Herr Pfarrer Dr. Hagemeyer in Krosigk zum vierten Pfarrer an Laurentius für Stephanus von Königl. Kommissar ernannt worden ist, hat Herr Superintendent D. Wächter die Probepredigt und Katechisation auf kommenden Sonntag, vormittags 10 Uhr, in der Stephanuskirche festgesetzt.

Das akademische Tennis-Turnier mußte gestern wegen des Regens ausfallen. Sind die Plätze schon trocken, soll es heute vormittags von 10 Uhr an fortgesetzt werden, anderenfalls erst am 2. Juli nachmittags.

Gewerbeten der Heimarbeiterinnen. Die Monatsversammlung der Siedergewerbeten findet schon am nächsten Montag um 8 Uhr in der Herberge zur Heimat, Maurerstr. 7, statt; die der Nordgruppe am Mittwoch um 8 Uhr im Gemeindehaus Albrechtstr. 27. Gäste sind willkommen.

Der Verband Halle-Thüringen der Deutschen Reichsschiffleute unternimmt am Sonntag einen Ausflug nach Eutin. Treffpunkt 2 Uhr nachmittags am Bahnhof Cröllwitz, dicht hinter der Bergschleuse.

Einbrecher festgenommen. Als der Wächter Nr. 30 der Hall. Nach- und Schließgesellschaft in der verlassenen Post gegen 1 Uhr bei Herrn Bademeister Schaaf, Trostschiffstr. 3, revidierte und die Leventür Klinte, bemerkte er, daß diese offen war, aber von innen zugehalten wurde. Der Wächter ließ einen Polizeibeamten herbei, der gleich zur Stelle war, und teilte ihm mit, daß hier etwas nicht in Ordnung sei. Daraufhin wurde das Haus abgelauscht. Als man auf den Boden kam, fand man den Einbrecher, der sich dort versteckt hatte. In seinem Besitze befanden sich mehrere Pakete mit Waren, die er sich zusammengekauft hatte. Er wurde festgenommen und zur Polizeigebäude gebracht.

Gelohener wurden: am 21. Juni eine Nidel-Herren-Kem.-Uhr, vergoldete Zeiger, römische Zahlen, mit orange-blau-weißgrünem Vierpiel mit der Widmung: A. Franke I. U. Bf. S. Witte zur freundl. Erinnerung; am 24. Juni ein Herrenfahrad, Marke „Original-Vego“, Nr. 88 816, gerade Lenkvorrichtung, gelbe Ledergriffe, brauner Sattel; am 26. Juni ein Herrenfahrad, Marke „Original-Grüner“, Nr. 188 878, schwarzer Rahmen, schwarze Felgen mit roten Streifen, hochgezogene Lenkvorrichtung; ein Herrenfahrad, Marke „Görde“, schwarzer Rahmen, gelbe Felgen, verstellbare Speichen, nach oben gebogene Lenkvorrichtung, Torpedofahrlauf; am 28. Juni ein Herrenfahrad, Marke „Panter 8“, schwarzer Rahmen, Aluminiumfelgen, nach oben gebogene Lenkvorrichtung, Freilauf mit Nadeltrittbremse.

Provincial-Nachrichten.

3. Hochau, 27. Juni. (Ratten als Käudendie.) Einen empfindlichen Verlust an jungen Käuden erlitt ein hiesiger Hauskatt, indem Ratten nachts in den Raum gelangten, in welchem die Käuden und Gluden untergebracht waren, und 18 Stück Rammelöcker Käuden tot bissen und fortschleppten. Ratten waren die Räuber gemeldet, da bei einer genauen Untersuchung Löcher aufgefunden wurden, in die die Käuden geschleppt waren, und vier der Räuber konnten unschädlich gemacht werden.

Welenitz, 27. Juni. (Vom Hochwasser.) Die Weiße Elster ist bis Donnerstag beständig gestiegen, so daß eine Ueberflutung eintrat. Die Weiler gleichen einem See, aus dem die hochgelegenen als einzelne Inselgruppen herausragen; zahlreiche Mäuse und Maulwürfe sind in den fluten umgelenken. Die von Burgliebenau nach Merseburg führenden Straßen sind in den Talwänden überflutet und nur für den Wagenverkehr passierbar. Seit heute ist das Wasser ca. 15 Zentimeter im Strome gefallen; auf den Weiesen verläuft es sich gegen des Grales nur langsam.

Frenzbürg, 27. Juni. (Auf dem Marktplatz der Jahrs-Stadt) Frenzbürg a. U. heißt jetzt 140 Jahre ein zwar nicht gerade impolantes, aber doch interessantes, früher vergoldet gewesenes Denkmal des Herzogs Christian von Sachsen-Weissenfels, des letzten seines Stammes. Das Standbild befand sich ursprünglich in einem sächsischen Jagdschloß und ward 1774 von der Stadt Frenzbürg für 2 Taler und 20 Silbergroschen angekauft. Die Kosten seiner Neueingebung betragen 200 Taler, die durch freiwillige Beiträge gedeckt wurden.

Nordhausen, 26. Juni. (Die Bezirksübergabe des hiesigen neuerbauten Harzgebirgsbahnhofs) wird am 1. Juli in Gegenwart geladener Festgäste von hier, von Wernigerode, Bennedissen und Jelfeld durch Festansprache, Festmahl und Ausflug nach dem „Kehfater“ im Ufder Tale erfolgen.

Seehausen (Altst.), 25. Juni. (Das Lustschiff und das Weidewies) Welchen gewaltigen Eindruck das Ueberfliegen eines Lustschiffes auf das Weidewies in den Kappeln machte, konnte man bei dem Ueberfliegen der „Sachsen“ in unserer Ebenebedeutung beobachten. Je näher das Gerren der Propeller kam, je unruhiger wurde das Vieh. Beim Ueberfliegen steigerte sich diese Unruhe bis zum Unersichtlichen. Das Vieh jagte wie besessen

in den Koppeln umher, hauptsächlich die Pferde. In einer Koppel des Detoniments Hochs in Weickrichs brachen die Pferde aus und stürzten davon, in dem Getreide beträchtlichen Schaden anrichtend.

Bad Saargau, 27. Juni. (Auf Veranlassung der Magdeburger Polizei) sind hier zwei Frauen verhaftet worden, die in Magdeburg Schmuckfälschen im Werte von 4000 M., Wäsche im Werte von 1000 M. und andere Gegenstände gestohlen haben.

Güsten, 27. Juni. (Aber August!) Die „Bürgerzeitung“ enthält in ihrer gestrigen Nummer folgendes Interlat: „Mein Gatte, der Arbeiter Albert S., ist mir verloren gegangen. Der christliche Fieber mag ihn mit Futterstoffen behalten, denn er kann keine Schulden, die er als Bürsche gemacht hat, heute noch nicht bezahlen. Frau Auguste S. geb. S., Güsten.“

Belgern, 27. Juni. (Riesenschiff.) Fährmeister Schwarze hier hatte am Mittwoch einen großen Stör gefangen, der eine Länge von über 2 Metern hatte und fast 2 Zentner wog. Den Fisch kaufte Fischhändler Dwig in Mühlberg zur Vererbung nach auswärts.

Dresden, 26. Juni. (Von einem tollwutverdächtigen Hunde zerstückt.) Ein ansehender tollwütiger Hund sprang heute abend auf den Sohn eines Besitzers Göße und zerstückte ihn an Kopf und Schultern so, daß der junge Mann in fast hoffnungslosem Zustande ins Friedrichsdrücker Krankenhaus geschafft werden mußte. Der Hund wurde erschossen, und der Kadaver in die Tierarztschule gebracht, wo festgestellt werden soll, ob er an Tollwut gelitten hat. Die Hundepeter sollte in den nächsten Tagen in Dresden aufgehoben werden, wird aber nun voraussichtlich wieder verlagert werden müssen.

Ordensverleihungen. Dem Hofkammermeister Friedrich Saake, Karl Welterling, den Hofkammer Wilhelm Maas und Wilhelm Benzell, sämtlich zu Schierke im Kreise Grafschaft Wernigerode, und dem Gutsbesitzer Ernst Kamme zu Bedenstedt im Kreise Grafschaft Wernigerode wurde das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze verliehen.

Sport-Nachrichten.

Der Kaiser bei der Kieler Segelregatta.

Kiel, 27. Juni.

Der Kaiser begab sich heute morgen an Bord seiner Segeljacht „Meteor“, die, von dem Dampfschiff „Steinper“ gefolgt, zur Regatta auf die Förde hinausging. Zum Mitfahren waren geladen der Fürst von Monaco mit Begleitung, Großadmiral von Tirpitz, die Admirale von Pohl und Coepfer, von Seebendorff, die Vizeadmirale von Ingenhoff und Bachmann und Admiral à la suite von Arnim.

Am 10. Uhr 15 Minuten begann auf der Kieler Förde eine große Gewittersturm, ein Handlapp des Kaiserlichen Jagdschiffs bei Köhlem und trübtem Wetter und leichter, früher nordwestlicher Wind. Jahreliche Begleitdampfer, Dampfmaschinen, Motor- und Segelboote, sowie andere Fahrzeuge folgten dem Verlauf der Wettfahrt. Die „Victoria Luise“ von der Hamburg-Amerikaner-Linie lag beim Start in der Strandbucht, 26 Rennjachten waren gemeldet. In der I. Klasse starteten um 10.20 Uhr in der Strandbucht „Meteor“, „Hamburg II“, „Germania“ und die neue „Margherita“. Das Sandstap für die alten Jachten („Orion“ usw.) begann um 10.35 Uhr; um 11.5 Uhr starteten bei Heidenbörje die in diesem Jahre durch ihre neue Besetzung besonders interessierenden 19-Meter- und 15-Meter-Klassen und die anderen mittleren Jachten. Von allen Jachten ging um etwa 1 1/2 Uhr „Margherita“ durchs Ziel bei Laboe, als Zweite führte „Meteor“, dann kam „Hamburg II“ und endlich „Germania“.

Spillert Fußballspiel.

B. f. B. Halle I spielte am Sonntag gegen B. f. A. Preußen I auf dem Plage des Letzteren. Anfang 4 Uhr.

B. f. B. II: Sporverein II auf dem Plage des B. f. B. Anfang 1/4 Uhr.

Reitbahnfest.

Stafettenlauf. Sonntag, 29. Juni, findet auf der Berliner Chaussee zwischen Hohenzollern und Dierich ein Stafettenlauf über 7500 Meter statt. Der Start befindet sich beim Klammertein 10,6, dicht vor Hohenzollern, das Ziel am Dierichers Schloß. Beginn der Veranstaltung 8.30 Uhr morgens. Da eine größere Anzahl Mannschaften gemeldet ist, verpricht das Rennen äußerst interessant zu werden.

Ein neuer Weltrekord im Weitenlaufen. In dem kleinen Städtchen Gersdorff (Nordamerika) hat der junge Amerikaner Tittle mit 4 Minuten 12.2 Sekunden einen neuen Weltrekord über die englische Meile aufgestellt.

Herdspori.

- Rennen zu Hamburg-Horn, 27. Juni.
- I. Rennen. 1. Moalog (Weatberden), 2. Pirof (Bullod), 3. Hittler (Archibald). Toto: Sieg 70, Pl. 24, 17:10. Ferner: Livadia, Kappelkopf.
 - II. Rennen. 1. Wisnuschel (Davies), 2. Holde (Archibald), 3. Lavalliere (Kassberger). Toto: Sieg 283, Pl. 28, 12, 17:10. Ferner: Strene, Felsenstrich, Rotraut, Jellenburg.
 - III. Rennen. 1. Blood Orange (Rane), 2. Wolling Hot (Sampter), 3. Milzeu (Rastberger). Toto: Sieg 32, Pl. 18, 44, 76:10. Ferner: 17. Francisco, Porto, Flag of Truce, Zwanoff, Roi Negre, Chamerops, Jacotot, Bignonne.
 - IV. Rennen. 1. Blumenjäger (Zeilmann), 2. Imperator (Rene), 3. Magellan (Bullod). Toto: Sieg 29, Pl. 15, 17:10. Ferner: Twiggelbit, Rodras, Rifkas.
 - V. Rennen. 1. Lom (Janef), 2. Raito (Archibald), 3. Septis (Painter). Toto: Sieg 34, Pl. 15, 14, 36:10. Ferner: Nitroge, Emperor, Waltuwa, Camprone.
 - VI. Rennen. 1. Animateo (Bullod), 2. Marzipan (Z), 3. Corvette (Ree). Toto: Sieg 20, Pl. 15, 32, 48:10. Ferner: Joff, Kafabu I, Alibi, Traum, Dandolo, Polostoff, Holofet, Holofernes, Gputhe, Saint Al, Bilt Vater.
 - VII. Rennen. 1. Saint Ferret (Besitzer), 2. Commandant (St. v. Mohrer), 3. Witz Gris (St. v. Stammer). Toto: Sieg 49, Pl. 21, 13:10. Ferner: Coram Populo, Balcon Daps, Rosary II.

Kadafahrt.

Deutsche Rennfahrer in Paris. Als Vorprüfung für den Grand Prix, der am nächsten Sonntag zum Austrag kommt, veranstaltete Donnerstag abend auf der Buffaloaloe die Rennleitung ein internationales Kriterium, bei dem die deutschen Fahrer ausgezeichnet abschnitten, so daß sie am Sonntag mit den besten Aussichten ins Rennen gehen. Die einzelnen Resultate waren:

- 1. Lauf: Lorenz, Hourlier, Ellegard, 2. Lauf: Arend, Priol, Pouchois, 3. Lauf: Rüt, Pechot, Dupres, 4. Lauf: Ellegard,

Lorenz, Hourlier, 5. Lauf: Priol, Pouchois, Arend, 6. Lauf: Rüt, Dupres, Pechot. Im Gesamtklassement siegte Rüt mit 55 Punkten vor Lorenz (6 Punkte) und Priol (7 Punkte). Ein Dauerrennen über 30 Kilometer hinter Motorführung gewann Barre in 25:10.1/2 Minuten vor Bruni (1 1/2 Stunden zurück) und Carmen (2 Stunden zurück).

Vermischtes.

Siehe zum Wahnsinnigwerden.

Madrid, 27. Juni.

Hier und in ganz Spanien, ausgenommen Burgos, Segovia, Soria und Galicien brüht seit Wochen eine unglückliche Hitze. Das Thermometer zeigt in Madrid 30—44 Grad Celsius im Schatten. Selbst am Winternacht tritt keine Abkühlung ein. Innerhalb der Häuser beträgt die Temperatur 29—31 Grad. Taufende Klassen in den Parks, auf Plätzen und Trottoirs. Ein pittoreskes Bild entwickelt sich an den öffentlichen Brunnen, wo täglich ein lebhaftes Gedränge wegen des Wasserhahns entsteht. Hitzschiffe und Wahnsinnsfälle sind häufig. Gestern erkrankte ein junger Mann, der heiraten wollte, plötzlich im Hochzeitskleid eine Telefonstange, besetzte daran ein Seil mit einer Schlinge, steckte den Kopf hinein und ließ sich herunterfallen. Als die entsetzten Hochzeitsgäste ihn herunternahmen, war er bereits eine Leiche. Ein Student der Medizin drang scheinbar mit gestücktem Dolch in ein Krankenhaus ein, wodurch ein krankes Mädchen vor Schreck starb. Es ereignen sich plötzlich viele Selbstmorde und blutige Schlägereien. Dazu ist das Trinkwasser färglich und die Eisfabrikation beschränkt. Trotz der Hitze verbringt die Regierung den Sommer wegen der Vorgänge in Maroffo und der heißen politischen Lage hier.

Nach Bierlingen Drillinge. In Schönthal bei Neustadt an der Harz wurde der Fabrikant Dtmann vor 14 Monaten von seiner Ehefrau mit 4 Mädchen beseht. Gestern kam seine Ehefrau abermals nieder, und zwar diesmal mit Drillingen, drei gebunden Knaben.

Ein 17jähriger Landesverräter. Das Reichsgericht verhandelte am Freitag gegen den 17jährigen Zeichnerlehrling Julius Robert Köhler aus Essen. Köhler war zuerst als Laufbursche bei Friedrich Kraus in Essen angestellt, wurde aber dann in einem Bureau als Zeichnerlehrling beschäftigt. Er benutzte jede Gelegenheit, um verdächtige Zeichnungen, die geheim waren, zu kopieren und verkaufte, sie an auswärtige Staaten zu verkaufen. Er wurde am 24. Januar verhaftet. Sofort bei Beginn der Verhandlung wurde die Defensivität ausgeschlossen. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis.

Streik. Aus Lodz wird gemeldet: In der Baumwollspinnerei von Schembeler sind 2500 Weber in den Ausstand getreten; sie fordern höhere Löhne. Die Schließung aller Manufakturwerke steht bevor.

Frauenmord in Marburg. In Wänschen-Glabach ist am Freitag in einem fahrlässigen Fuhrhaus ein Mord verübt worden. Im Vorort Würth fand der Kaplan Rindböck eine Hausfrau vor ihrem Bett erdrosselt auf, als er von der Messe zurückkam. Der Täter ist unbekannt.

Letzte Depeschen.

Ordensverleihungen.

Berlin, 27. Juni. (Telegr.)

Der „Reichsanzeiger“ meldet die Verleihung des Sterns zum Roten Adlerorden 2. Klasse an den ordentl. Professor für den juristischen Fakultät der Universität Kiel, Geh. Justizrat Dr. Albert Hänfel, und die Verleihung des Sterns Adlerordens 2. Klasse mit Erlaubnis an den Bildhauer Professor Adolf Brütt zu Berlin-Spandau.

Die deutsche Grenzexpedition.

Berlin, 27. Juni. (Telegr.)

Der Oberleiter der deutschen Grenzexpedition in Südamerica, Major Zimmermann, der nach französischer Meldung verlustreiche Kämpfe zu bestehen hatte, gab die Grenzgebiete Abaga und Olan ohne Kampf durchzogen.

Friede in der Spielwarenindustrie.

Sonneberg, 27. Juni. (Telegr.)

Zur Bewegung in der Spielwarenindustrie ist mitzutheilen, daß heute mittag (sonst der Streit als auch die Auspersungen zu Ende gegangen sind. Es ist von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Abkommen unterzeichnet worden, das den Frieden in der Industrie wiederherstellt.

Die Rückkehr des Präsidenten Boicarcé.

Calais, 27. Juni. (Telegr.)

Bevor Präsident Boicarcé England verließ, sandte er an König Georg ein Telegramm, in dem er nochmals seinen Dank für den so freundlichstigen Empfang und alle ihm als Vertreter Frankreichs erwiesenen Aufmerksamkeiten ausspricht. Er werde eine dauernde Erinnerung dem großartigen Empfang bewahren, den ihm das britische Volk überall bereitet habe. Er bitte den König, an seine vollständige Freundschaft zu glauben.

Als der Präsident um 1.40 Uhr in Calais an Land ging, wurde er allenthalben begeistert begrüßt. Er wurde von dem Minister des Innern A. Loß und den Minist. Militär- und Marineangelegenheiten empfangen. Nach einer Willkommensansprache des Bürgermeisters begab sich Präsident Boicarcé zur Einweihung des Denkmals für die auf dem Interferboat „Pluviose“ Umgekommenen.

Vom Balkan.

Bukarest, 27. Juni.

Offiziell wird gemeldet, daß die offenbare Nervosität, die sich der öffentlichen Meinung bemächtigt hat, unbegründet sei. Man glaubt allgemein, daß Rumänien eine Aktion vorbereite. Tatsache ist, daß Rumänien ein neuer Balkankrieg nicht gleichgültig sein kann. Die Regierung hat beizulegen alle Maßnahmen vorgehoben. Die Vorbereitungen sind allenorten beendet. Es handelt sich dabei jedoch keineswegs um eine Mobilisierung. Der Bestimmung in Paris und in Petersburg ist unbegründet. Es ist vielmehr als sichere Tatsache anzunehmen, daß die Reise der Minister der Balkanstaaten zur Konferenz nach Petersburg ein ernster Schritt zur gütlichen Einfindung der Feindseligkeiten bedeutet.

